

Motion Natalie Imboden (GB): Finanzierungslücke für das Paul-Klee-Zentrum schliessen

Der Gemeinderat zeigt dem Stadtrat noch vor der Eröffnung des Paul-Klee-Zentrums auf, mit welchen Massnahmen die Stadt Bern (zusammen mit dem Kanton und anderen Trägern) das drohende mittel- und langfristige Betriebsdefizit des Paul-Klee-Zentrums verhindern wird.

Begründung:

Stadt und Region Bern freuen sich auf ein kulturelles und kulturpolitisches Grossereignis. In einem Jahr wird das neue Paul Klee Zentrum seine Türen öffnen. Dies dank grosszügigem privaten Engagement, gekoppelt mit öffentlicher Unterstützung. Die private und öffentliche Kooperation beim Zustandekommen eines derartigen Grossprojekts darf aber nicht dazu führen, dass die Öffentlichkeit keinen Einblick mehr in Finanzierung und Betriebskonzept erhält. In der Antwort des Gemeinderats auf die Fragen des Grünen Bündnisses zum Verwaltungsbericht 2003 schreibt der Gemeinderat (S. 2/14), dass er die existierende Finanzplanung über den Betrieb des Paul Klee Zentrums dem Stadtrat nicht unterbreiten will. Dies obwohl anscheinend eine Finanzierungslücke absehbar ist. In der Antwort der Kantonsregierung auf die Interpellation der Grossrätin Regula Rytz „Klarheit über das Klee-Zentrum und das Kunstmuseum Bern“ vom 24. März 2004 hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass gestützt auf die aktuellen Betriebskostenschätzungen mit einer mittel- und langfristigen Finanzierungslücke gerechnet werden muss. Die Stadt Bern als Beteiligte wäre davon direkt betroffen und muss daher Kenntnis darüber erhalten.

Diese absehbare Finanzierungslücke ist bedenklich und verlangt nach Massnahmen. Das neue Paul Klee Zentrum kann sich kein mittel- und langfristiges Betriebsdefizit leisten. Weder die Stadt, der Kanton noch die unterstützenden Regionsgemeinden stehen finanziell so gut da, dass sie weitere Mittel für das Paul Klee Zentrum aufwenden könnten. Zusätzliche Belastungen müssten mit grosser Wahrscheinlichkeit auf Kosten von anderen öffentlichen Aufgaben wie z.B. einer breiteren Kulturförderung oder im Rahmen der Bildungsbudgets aufgefangen werden. Andererseits würden zusätzliche Beiträge von privaten Geldgebern Mittel binden, die anderen Projekten im Kulturbereich fehlen. Dies muss rechtzeitig durch Kosten senkende und/oder Einnahmen fördernde Massnahmen verhindert werden.

Sowohl die Erfahrungen mit dem Kunst- und Kongresszentrum Luzern als auch die Fondation Beyeler in Basel zeigen, dass die Finanzierung von neuen Kulturzentren mit Risiken verbunden ist. Da das mittel- und langfristige Betriebsdefizit für das Paul Klee Zentrum schon vor der Eröffnung absehbar ist, besteht die Chance, rechtzeitig zu agieren und Kosten senkende Massnahmen einzuleiten. Der Betrieb des Paul Klee Zentrums wird zu einem grossen Teil durch öffentliche Gelder finanziert. Der Stadtrat und die Öffentlichkeit müssen deshalb darüber informiert werden, wie die zuständigen Behörden die geplanten Betriebskosten einhalten und Zusatzkosten verhindern werden.

Bern, 24. Juni 2004

Motion Natalie Imboden (GB), Michael Jordi, Martina Dvoracek, Annemarie Sancar-Flückiger, Daniele Jenni, Catherine Weber, Erik Mozsa, Simon Röthlisberger

Antwort des Gemeinderats

Für die Subventionierung der Kulturinstitute in Bern bilden die Leistungsverträge mit den öffentlichen Finanzträgern (Stadt, Kanton, Regionsgemeinden) die Grundlage. Dies gilt auch für das Zentrum Paul Klee (ZPK), das in der Vertragsperiode 2004 bis 2007 als fünftes Kulturinstitut in der Region Bern gemeinsam finanziert wird.

Bei der Verhandlung über den Leistungsvertrag machte die Regionale Kulturkonferenz (RKK) dem ZPK die Auflage, die Abgeltung müsse sich im Rahmen dessen bewegen, was dem Kunstmuseum Bern bisher gewährt worden sei. Dementsprechend unterbreitete das ZPK der RKK eine Eingabe für 5 Millionen Franken, obwohl in seinem Finanzplan ein jährlicher Subventionsbedarf von 6 Mio. Franken ausgewiesen war. Die Abgeltungen wurden im Laufe der Verhandlungen bei allen nach dem RKK-Modell finanzierten Kulturinstitutionen gekürzt; beim ZPK auf 4,266 Mio. Franken. Damit bleibt ein Betrag von jährlich rund 1,7 Mio. Franken ungedeckt.

Aufgrund der verfeinerten Ausstellungs- und Finanzplanung erweist sich, dass die ursprünglich angenommene Abgeltung von 6 Mio. Franken pro Jahr zutrifft. Das ZPK benötigt ab 2006 mehr Geld, um ein attraktives Programm von Wechselausstellungen machen zu können, das die angestrebte Anzahl von 150 000 zahlenden Besucherinnen und Besuchern anzieht. Der zusätzliche Finanzbedarf des ZPK liegt bei 1,7 Mio. Franken im Jahr. Eine Kostenoptimierung innerhalb des Zentrums führte dazu, dass 0,5 Mio. Franken intern umgelagert werden können. Damit reduziert sich die Finanzierungslücke auf 1,2 Mio. Franken.

Ende November 2004 hat der Stiftungsrat des ZPK beschlossen, ein Gesuch auf Erhöhung der Abgeltung für die Jahre 2006 und 2007 zu prüfen und dabei auch den Finanzausschuss beauftragt, aufzuzeigen, wie die Lücken geschlossen werden können. Die Finanzierungsträger werden das Vorgehen für die Behandlung des Gesuchs anfangs 2005 bestimmen. Dabei ist auch der Finanzausschuss beauftragt zu zeigen, wie die Lücken geschlossen werden können.

Es handelt sich um einen Vorstoss im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Der Gemeinderat lehnt die Motion ab; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Dabei stellt der Gemeinderat in Aussicht, den Prüfungsbericht vor der Eröffnung des Zentrums Paul Klee zu erstellen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 15. Dezember 2004

Der Gemeinderat